I. Allgemeines:

1. Doppelrolle der Gemeinde

Grundsätzlich haben Gemeinden im Planfeststellungsverfahren eine Doppelrolle inne (vgl. Hermes/Sellner, Kommentar zum AEG, 2. Aufl., § 18 Rn.329):

- Sie sind einerseits als Behörde Träger öffentlicher Belange im Anhörungsverfahren nach § 73 Abs. 2 VwVfG zur Stellungnahme aufgefordert, soweit das Vorhaben ihren Aufgabenbereich berührt,
- darüber hinaus sind sie jedoch auch Träger eigener Rechte und haben insoweit im Planfeststellungsverfahren eine den Bürgern vergleichbare Rechtsstellung.

Diese doppelte Rolle wird für die Gemeinden sowohl in formeller Hinsicht, wie auch in materieller Hinsicht relevant.

2. Präklusion/ Klagebefugnis

In formaler Hinsicht wirkt sich diese Doppelstellung insbesondere bei dem Ausschluss von Einwendungen (Präklusion) gemäß § 73 Abs. 4 Satz 1 VwVfG i.V.m. § 18 a Nr. 7 AEG aus, sowie bei der Klagebefugnis (Klagerecht der Gemeinde).

- 2.1 In formaler Hinsicht wird die Doppelstellung bei der Präklusion deshalb relevant, weil die Gemeinde bei der Betroffenheit in eigenen Rechten eine dem Bürger vergleichbare Rechtsstellung innehat. Dies bedeutet, dass die Gemeinde genauso wie betroffene Bürger ihre Einwendungen innerhalb der Präklusionsfrist vorbringen muss, um mit diesen Einwendungen nicht ausgeschlossen zu sein. Im Gegensatz zu der Stellungnahmefrist für die Gemeinden als Träger öffentlicher Belange, ist die Präklusionsfrist gerade nicht auf Antrag verlängerbar. Dies ist ein wesentlicher Unterschied bei der Betroffenheit der Gemeinde in eigenen Rechten im Gegensatz zur Beteiligung der Gemeinde als Träger öffentlicher Belange. Grundsätzlich müssen somit alle Einwendungen einer Gemeinde, die eine Verletzung in eigenen Rechten zum Gegenstand haben, fristgerecht und auch ausreichend substantiiert (d.h. konkret und nachvollziehbar dargelegt) erhoben werden. Erfolgt dies nicht, so bleibt der Vortrag der Gemeinde unberücksichtigt. Auch eine spätere Klage kann hierauf nicht mehr gestützt werden.
- 2.2 Zudem ist eine Klage gegen einen Planfeststellungsbeschluss nur dann erfolgreich, wenn dieser Planfeststellungsbeschluss die klagende Gemeinde in eigenen Rechten verletzt. Dies ist bereits im Rahmen der Zulässigkeit einer Klage zu prüfen (Klagebefugnis). Eine Gemeinde ist nur dann klagebefugt, wenn sie die Möglichkeit darlegen kann, dass sie in ihren eigenen Rechten verletzt wird. Auch dies setzt im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens die Geltendmachung eigener Rechte voraus.